

# Kommunales Haftungsrecht

Bearbeitet von  
Carsten Rotermund, RA Dr. Georg Krafft

5., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2013. Buch. 998 S. Gebunden

ISBN 978 3 503 14445 7

Format (B x L): 15,8 x 23,5 cm

Gewicht: 1286 g

[Recht > Öffentliches Recht > Kommunalrecht > Kommunalrecht,  
Kommunalverfassung](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



# Kommunales Haftungsrecht

Von

**Dr. Georg Krafft**

Rechtsanwalt in München

Begründet von

**Carsten Rotermund**

Syndikus bei der Versicherungskammer  
Bayern

5., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
[ESV.info/978 3 503 14445 7](http://ESV.info/9783503144457)

1. Auflage 1996

2. Auflage 2001

3. Auflage 2004

4. Auflage 2008

5. Auflage 2013

Die Voraufgaben erschienen unter dem Titel  
Haftungsrecht in der kommunalen Praxis.

ISBN 978 3 503 14445 7

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2013  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen  
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch  
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den  
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992  
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 10/12 Stempel Garamond

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

## Geleitwort zur fünften Auflage

Im Oktober 1995 habe ich an dieser Stelle die erste Auflage eines „Handbuchs mit Musteranweisungen zur Organisation der Haftungsvermeidung“ vorgestellt. Auf 479 Seiten, in zwölf Kapiteln und sieben Anhängen sollte ein möglichst umfassender Überblick über die zivilrechtliche Haftung der Kommunen verschafft werden. Die nun vorliegende fünfte Auflage weist auf 998 Seiten fünf Teile in 14 Kapiteln auf. In nunmehr über 17 Jahren ist klar geworden, dass der Anspruch einer auch nur annähernden Vollständigkeit der Darstellung eines Überblicks über das kommunale Haftungsrecht durch einen Verfasser alleine nur schwer zu erfüllen ist. Die kommunalhaftungsrechtliche Materie hat sich vielmehr als zu umfangreich erwiesen. Hingewiesen sei nur beispielsweise auf den zunehmenden Einfluss des europäischen Rechts und die Flut der in den letzten Jahren erlassenen Gesetze und die hierzu ergangene Rechtsprechung. Bereits in der Voraufgabe hat Herr Dr. Krafft deshalb die Bearbeitung wichtiger Bereiche, insbesondere der prozessrechtlichen Fragen, übernommen.

Deshalb stellt es einen konsequenten weiteren Schritt dar, die vorliegende fünfte Auflage vollständig neu auszurichten. Unbeschadet des weiter bestehenden Anspruchs, dem Leser einen möglichst umfassenden Überblick zu gewähren, werden die wichtigsten haftungsrechtlichen Fragen nicht nur im Überblick, sondern stärker in der Tiefe behandelt.

Aufgrund beruflicher Veränderungen in den letzten Jahren habe ich die notwendige Neuausrichtung zum Anlass genommen, mich aus der Autorenschaft zurückzuziehen und den Verlag gebeten, das Werk vollständig in die Hände von Herrn Dr. Krafft zu legen. Aufgrund der angenehmen und sehr befruchtenden Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Krafft bei Erstellung der vierten Auflage bin ich davon überzeugt, dass er und sein Autorenteam dem Werk noch viele weitere erfolgreiche Auflagen bescheren werden. Ich hoffe, dass in ihnen auch in Zukunft noch etwas „Rotermund“ erkennbar bleibt. Verlag und Autoren wünsche ich, dass dem Werk weiterhin viel Erfolg beschieden sein möge.

Es bleibt, mich beim Erich Schmidt Verlag und allen Mitarbeitern für die stets angenehme Zusammenarbeit und die gewährte Unterstützung zu bedanken. Dies gilt in ganz besonderer Weise für die 13jährige Betreuung durch Herrn Henning Schiller. Mein Dank gilt weiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer (BADK) und der Versicherungskammer Bayern für die langjährig gewährte Unterstützung.

Traunstein, im Januar 2013

Carsten Rotermund

## Vorwort zur fünften Auflage

Die fünfte Auflage markiert eine personelle Zäsur des bestehenden Werkes. Denn zu meinem großen Bedauern hat sich Herr Kollege Rotermund aus persönlichen Gründen entschieden, nicht mehr an der Neuauflage mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund möchte ich vorab die Verdienste von Herrn Kollegen Rotermund um die Begründung und bisherige Fortführung des Werkes würdigen. Nachdem es mir überlassen war, das Werk alleine fortzuführen, kann ich ermessen, welche Anstrengungen und geistige Leistung die Vorauflagen abverlangt haben müssen. Es sei daher schon an dieser Stelle Herrn Kollegen Rotermund sehr herzlich für die Gelegenheit gedankt, dass ich auf das bestehende und auf dem Markt langjährig eingeführte Werk aufbauen und dieses fortsetzen darf.

Die personellen Veränderungen waren jedoch nicht der Anlass, das Konzept des Werkes zu überarbeiten und einer Neuausrichtung zuzuführen. Entscheidend sind vielmehr die Bedürfnisse der Praxis sowie die zunehmende Bedeutung kommunaler Haftung.

Während die Vorauflagen in erster Linie darauf abzielten, auch dem nicht juristisch vorgebildeten Leser die Haftungsrisiken für die Kommunen näher zu bringen und verständlich zu machen, geht die neue Auflage in rechtlicher Hinsicht doch erheblich weiter in die Tiefe. Deshalb richtet sich die fünfte Auflage in erster Linie an die Juristen der Kommunen, ihre Entscheidungsträger, aber auch und vor allem an Richter und Rechtsanwälte sowie Versicherungsjuristen, die sich mit der Haftung der öffentlichen Hand auf der kommunalen Ebene beschäftigen.

Die Blickrichtung des Juristen ist daher auch maßgebend für den abgeänderten Aufbau. Denn die Praxis fragt zunächst danach, wer wofür haftet und vor welchem Gericht das Verfahren stattfindet. Beibehalten wurde jedoch die grundsätzliche Zerteilung des Werkes, und zwar einmal in Bezug auf die Darstellung der rechtlich-dogmatischen Grundlagen einerseits und die vertiefte Darstellung der praxisrelevanten Fallgruppen andererseits. Dementsprechend sind auch die jeweiligen Ausführungen gewichtet. Ausführlich dargelegt werden die „klassischen“ Probleme des Amtshaftungsrechts und seiner flankierenden Rechtsgebiete (öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse, enteignungsgleicher Eingriff etc.). Da das kommunale Haftungsrecht geprägt ist vom Dualismus der Einstandspflicht für hoheitliche und/oder privatwirtschaftlich-

fiskalische Betätigung, ist der Behandlung der allgemeinen zivilrechtlichen Anspruchsgrundlagen, die die Verantwortlichkeit der Kommunen in der Praxis begründen können, ebenfalls breiter Raum gewidmet.

In der Neuauflage finden aber auch Rechtsgebiete nähere Berücksichtigung, die in Zukunft wegen ihrer zunehmenden Bedeutung in den Blick zu nehmen sein werden. Dazu gehört insbesondere der europarechtliche Staatshaftungsanspruch, der im Zusammenhang mit den sogenannten „Wettmonopolfällen“ für die Kommunen Praxisrelevanz erlangt hat. Entsprechendes gilt für das Haftungsrisiko aufgrund diverser gesetzlicher Neuerungen. Zu nennen ist hier insbesondere die Gesetzesänderung zur Informationspflicht der öffentlichen Hand gegenüber den Verbrauchern in Bezug auf Lebensmittel. Auch hat das Jahr 2012 diverse Klarstellungen durch die Rechtsprechung mit sich gebracht. So hat zum Beispiel der BGH nunmehr wegweisend die Fallgruppen festgelegt, in denen eine Haftung der Kommunen wegen der Versagung des Einvernehmens verbleibt.

Im Vergleich zur Voraufgabe sind diverse Themen „abseits“ der klassischen Kommunalhaftung hinzugekommen (wie z.B. die Haftung der Kommunen nach UWG, GWB und dem europäischen Beihilfenrecht). Neu ist insbesondere auch die Behandlung der persönlichen Haftung von Leitungskräften kommunaler Unternehmen in privatrechtlichen Formen, die der Tatsache der Privatisierung öffentlicher Aufgaben geschuldet ist. Entsprechendes gilt für die persönliche Einstandspflicht wegen der notwendigen Teilhabe kommunaler Repräsentanten z.B. am örtlichen Vereinsleben und in Parteien. Allerdings konnten diese Rechtsmaterien, ebenso wie das Vergaberecht, nur in ihren Grundzügen dargestellt werden, da vertiefte Ausführungen den Umfang des Werks gesprengt hätten. Gleichwohl haben wir uns um eine die wesentlichen Probleme aufzeigende Darstellung bemüht. Erheblich erweitert und vertieft wurden jedoch die Ausführungen zum Versicherungsschutz der Kommunen. Ergänzt wurde die versicherungsrechtliche Thematik um die Absicherung persönlicher Haftungsrisiken, insbesondere von Leitungskräften kommunaler Kapitalgesellschaften.

In der Neuauflage konnten – wegen abnehmender Bedeutung und der Neuausrichtung des Werks – manche Themen nicht mehr erschöpfend behandelt werden. Dazu zählen zum Beispiel die Haftung nach dem Staatshaftungsgesetz der ehemaligen DDR (und seiner Nachfolgebestimmungen). Gestrichen wurde der Regress des Sozialversicherungsträgers. In seinem Umfang reduziert wurde weiter das Kapitel „Arzthaftungsrecht“, nicht weil es für die Kommunen nicht praxisrelevant wäre, sondern vielmehr deshalb, weil hierzu zahlreiche eigenständige und ausführliche Publikationen existieren. Beibehalten und vertieft wurde allerdings die Problematik der Haftung der Kommunen als Träger von Krankenhäusern.

## *Vorwort zur fünften Auflage*

Wie schon die Vorauflagen stellt das aktuelle Werk die Rechtslage anhand der Rechtssprechung primär des BGH (dort insbesondere der dritte Zivilsenat, Staatshaftungssenat) dar. Soweit erforderlich, sind auch unter- und obergerichtliche Entscheidungen eingearbeitet. Damit die zitierten Urteile leichter aufgefunden werden können, wurden die Entscheidungen mit Datum und Aktenzeichen sowie einer weitgehend allgemein zugänglichen Fundstelle aufgeführt. Neu ist die Voranstellung einschlägiger Aufsätze sowie – an geeigneter Stelle – der Verweis auf weitere Urteile, die im inhaltlichen Zusammenhang mit den jeweiligen Themen stehen.

Der Stand der Bearbeitung entspricht der Rechtsprechung und Literatur, soweit sie bis Ende November 2012 veröffentlicht waren. Auf Gesetzesänderungen, die zum 01.01.2013 in Kraft getreten sind, wird jedoch hingewiesen.

Angesichts des wachsenden Umfangs kommunaler Haftungsrisiken, war es mir schon aus zeitlichen Gründen unmöglich, eine weitgehend vollständige Darstellung alleine zu verfassen, einmal ganz davon abgesehen, dass es schon die zur Qualitätssicherung gebotene Spezialisierung erforderlich macht, Autoren zu beteiligen, die über entsprechendes Fachwissen verfügen. Es ist mir daher eine besondere Freude, dass ich Frau Richterinnen am Oberlandesgericht Petra Willner, Mitglied des Vergabesenats beim Oberlandesgericht München, für den vergaberechtlichen Teil gewinnen konnte. Frau Kollegin Willner ist eine ausgewiesene Expertin des Vergaberechts. Sie hat die für die Kommunen äußerst wichtige Materie mit dem Blick für das Wesentliche aus der Perspektive der Rechtsfindung behandelt.

Bei der Abfassung des Werkes haben mich als Autoren außerdem tatkräftig unterstützt Frau Rechtsanwältin Rösberg (Fachanwältin für Verwaltungsrecht), Frau Rechtsanwältin Tassarek-Schröder, Herr Rechtsanwalt Thaller, und Herr Rechtsanwalt und Fachanwalt für Medizinrecht Koller (allesamt Tacke-Krafft, München), deren jahrelange praktische Erfahrungen aus kommunalen Haftpflichtprozessen mit eingeflossen sind.

Bedanken möchte ich mich auch noch bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Zentz (Tacke-Krafft, München) und Frau Rechtsreferendarin Bönisch für die Korrekturarbeiten und weitere Unterstützung. Mein Dank gilt schließlich noch meinem Kanzleipartner, Herrn Rechtsanwalt Dr. Tacke, für seine Geduld und die Übernahme der Mehrbelastung im Tagesgeschäft, ohne die die Neuauflage nicht möglich gewesen wäre.

München, im Januar 2013

Dr. Georg Krafft



# Inhaltsübersicht

	Seite
Geleitwort zur fünften Auflage .....	5
Vorwort zur fünften Auflage .....	7
Inhaltsverzeichnis .....	13
Bearbeiterverzeichnis .....	43
Abkürzungsverzeichnis.....	45
 Teil A	
<b>Die Haftung der Kommune gegenüber Dritten .....</b>	<b>55</b>
KAPITEL I	
<b>Haftungssubjekt „Kommune“ und Haftungsregime .....</b>	<b>57</b>
KAPITEL II	
<b>Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen.....</b>	<b>97</b>
KAPITEL III	
<b>Verwaltungsprivatrechtliche Haftung der Kommunen .....</b>	<b>177</b>
KAPITEL IV	
<b>Gefährdungshaftung der Kommunen .....</b>	<b>315</b>
KAPITEL V	
<b>Kausalität, Mitverschulden, Schaden und Entschädigung .....</b>	<b>359</b>
 Teil B	
<b>Typische Fallgruppen kommunaler Dritthaftung .....</b>	<b>397</b>
KAPITEL I	
<b>Verkehrssicherungspflichtverletzungen.....</b>	<b>399</b>
KAPITEL II	
<b>Öffentliches Baurecht .....</b>	<b>521</b>
KAPITEL III	
<b>Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz.....</b>	<b>611</b>

	Seite
KAPITEL IV	
<b>Kommunikationshaftung</b> .....	663
KAPITEL V	
<b>Kommunale Baumaßnahmen, Daseinsfürsorge, Gefahrenabwehr</b> ..	689
KAPITEL VI	
<b>Kommunales Heil- und Pflégewesen</b> .....	739
Teil C	
<b>Risikofelder persönlicher Haftung im kommunalen Kontext</b> .....	777
KAPITEL I	
<b>Die persönliche Außen- und Rückgriffshaftung von Amtsträgern und der Hilfspersonen der öffentlichen Hand</b> .....	779
KAPITEL II	
<b>Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in kommunalen Unternehmen und Mitgliedschaften in Vereinen sowie Parteien</b> .....	799
KAPITEL III	
<b>Die Ersatzpflicht bei Arbeits- und Dienstunfällen</b> .....	867
Teil D	
<b>Die versicherungsrechtliche Absicherung der Haftungsrisiken</b> .....	879
Teil E	
<b>Der (kommunale) Haftpflichtprozess: Verfahrensrechtliche Grundlagen und Besonderheiten</b> .....	911
Literaturverzeichnis .....	967
Stichwortverzeichnis .....	973

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort zur fünften Auflage .....	5
Vorwort zur fünften Auflage .....	7
Inhaltsübersicht .....	11
Bearbeiterverzeichnis .....	43
Abkürzungsverzeichnis .....	45

## Teil A

<b>Die Haftung der Kommune gegenüber Dritten</b>	<b>55</b>
--	-----------

### KAPITEL I

<b>Haftungssubjekt „Kommune“ und Haftungsregime</b>	<b>57</b>
---	-----------

<b>1. Vorbemerkung</b> .....	<b>57</b>
<b>2. Rechtsnatur und Begriffsbestimmung der „Kommune“</b> ...	<b>58</b>
<b>3. Die Abgrenzung zwischen hoheitlicher und privatwirtschaftlich-fiskalischer Betätigung</b> .....	<b>61</b>
3.1 Rechtlicher Ausgangspunkt und praktische Bedeutung .....	61
3.2 Grundsätze der Abgrenzung .....	62
<b>4. Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand</b> .....	<b>64</b>
4.1 Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für hoheitliche Tätigkeiten .....	64
4.1.1 Amtshaftung .....	64
4.1.1.1 Beamter im haftungsrechtlichen Sinne .....	64
4.1.1.2 Zurechnung .....	65
4.1.2 Staatshaftung (verwaltungsrechtliche Schuldverhältnisse, Enteignungs- und Entschädigungsansprüche) .....	67
4.2 Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für privatwirtschaftlich-fiskalische Tätigkeiten .....	67
4.2.1 Organhaftung gem. §§ 31, 89 BGB .....	68
4.2.2 Haftung für Erfüllungsgehilfen gem. § 278 BGB .....	68
4.2.3 Haftung für Verrichtungsgehilfen gem. § 831 BGB .....	69
4.3 Die Gefährdungshaftung der öffentlichen Hand .....	70
4.4 Anspruchskonkurrenzen .....	70
4.4.1 Grundsätze und Ausnahmen .....	70

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
4.4.2	Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen . . . . . 71
4.4.3	Privatwirtschaftlich-fiskalische Betätigung. . . . . 72
4.5	Bestimmung des Haftungssubjekts sowie des Haftungsregimes nach Fallgruppen und Rechtsgebieten. . . . 72
4.5.1	Staatliche Aufgabenerfüllung der Kommunen . . . . . 72
4.5.2	Weisung, Amtshilfe und Hilfeleistung. . . . . 72
4.5.3	Organleihe im weiteren Sinne . . . . . 73
4.5.4	Beamte mit institutioneller Doppelstellung (z.B. Landrat) oder Nebenamt . . . . . 75
4.5.5	Bedienstete der Kreise und Landratsämter . . . . . 76
4.5.5.1	Kommunale Beschlussgremien (Stadt- und Gemeinderat – sowie Kreistag) . . . . . 77
4.5.5.2	Umlegungsausschuss. . . . . 78
4.5.5.3	Bürgermeister. . . . . 78
4.5.6	Zweckverbände und sonstige Formen interkommunaler Kooperation . . . . . 78
4.5.6.1	Zweckverband . . . . . 79
4.5.6.2	Verwaltungsgemeinschaften . . . . . 80
4.5.6.3	ARGE und Jobcenter gem. SGB II . . . . . 80
4.5.7	Hoheitliche Aufgabenerfüllung durch Private (Beliehene/Verwaltungshelfer) . . . . . 82
4.5.7.1	Überblick . . . . . 83
4.5.7.2	Beliehene und Verwaltungshelfer. . . . . 84
4.5.7.3	Verwaltungswerkzeuge der Eingriffsverwaltung . . . . . 84
4.5.7.4	Verwaltungswerkzeuge der Daseinsfürsorge . . . . . 85
4.5.8	Erbringung bautechnischer Nachweise durch „externe“ Prüfer 86
4.5.8.1	Prüftätigkeiten im Allgemeinen . . . . . 87
4.5.8.2	Prüfingenieure . . . . . 89
4.5.8.3	Prüfsachverständige. . . . . 90
4.5.9	Gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch. . . . . 90
4.5.10	Kommunale Krankenhäuser. . . . . 91
4.5.11	Gesamtschuldnerische Haftung . . . . . 91
4.5.12	Haftung öffentlich-rechtlicher Körperschaften untereinander 92
4.5.13	Prozessuale Zurechnung. . . . . 92
4.5.14	(Europäisches) Kartell- und Wettbewerbsrecht (UWG, GWB, AUEV) . . . . . 92
4.5.15	Verkehrssicherungspflichten. . . . . 93
4.5.15.1	Anwendbares Haftungsregime und Kritik . . . . . 93
4.5.15.2	Passivlegitimation . . . . . 94
4.5.16	Beteiligung der öffentlichen Hand an Unternehmen des Privatrechts . . . . . 95

KAPITEL II	
	<b>Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen</b> 97
<b>1.</b>	<b>Vorbemerkung</b> 97
<b>2.</b>	<b>Haftung aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen und Sonderverbindungen</b> 97
2.1	Vorbemerkung 97
2.2	„Öffentlich-rechtliche“ Geschäftsführung ohne Auftrag 98
2.3	„Öffentlich-rechtliche“ c.i.c. 100
2.4	Öffentlich-rechtlicher Vertrag/Sonderverbindung 100
2.5	Öffentlich-rechtliche Verwahrung 102
2.6	Darlegungs- und Beweisfragen 103
2.7	Rechtsweg 103
<b>3.</b>	<b>Amtshaftung</b> 104
3.1	Inhalt und Umfang der Amtspflichten 105
3.1.1	Rechtsquellen der „kommunalen“ Amtspflichten 105
3.1.2	Gesetzlich geregelte Amtspflichten 105
3.1.3	Amtspflicht zu rechtmäßigem Handeln 106
3.1.4	Amtspflicht zu zuständigkeitsgemäßem Handeln 106
3.1.5	Amtspflicht zu verfahrensgemäßigem Handeln, insbesondere zur Sachverhaltserforschung 107
3.1.6	Amtspflicht zur fehlerfreien Ausübung von Ermessens- und Beurteilungsspielräumen 108
3.1.7	Amtspflicht zu verhältnismäßigem Handeln 109
3.1.8	Amtspflicht zur Fehlerkorrektur 109
3.1.9	Amtspflicht zu konsequentem Verhalten 109
3.1.10	Amtspflicht zu rascher Sachentscheidung 110
3.1.11	Organisationspflichten als Amtspflichten 110
3.1.11.1	Personal- und Sachausstattung 110
3.1.11.2	Wissensmanagement 111
3.1.11.3	Weitere Organisationspflichten 112
3.1.12	Gebrauch von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen 113
3.1.13	Amtspflichten zur Erteilung richtiger Auskünfte, Belehrungen etc. 114
3.1.14	Ausschreibung und Besetzung öffentlicher Stellen 114
3.2	Der Schutzzweck der Amtspflichten 116
3.2.1	Vorbemerkung 116
3.2.2	Drittgerichtetheit der Amtspflicht 117
3.2.2.1	Geschützte Dritte 119
3.2.2.2	Drittgerichtetheit bejaht 121
3.2.2.3	Drittgerichtetheit verneint 121

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
3.2.3 Sachliche und inhaltliche Begrenzungen der Amtspflicht (Schutzbereich) .....	122
3.2.3.1 Grundsätze .....	122
3.2.3.2 Einzelfälle .....	122
3.2.4 Verlässlichkeitsgrundlage .....	124
3.3 Verschulden .....	125
3.3.1 Grundsatz .....	125
3.3.2 Die einzelnen Verschuldensformen und ihre praktischen Auswirkungen .....	125
3.3.3 Verschulden bei unrichtiger Rechtsanwendung .....	126
3.3.3.1 Grundsatz .....	126
3.3.3.2 Die Kollegialgerichtsrichtlinie .....	127
3.3.4 Fehlendes Verschulden .....	128
3.4 Rechtswidrigkeit .....	129
3.5 Haftungsausschluss und Haftungsbeschränkungen .....	129
3.5.1 Fehlende anderweitige Ersatzmöglichkeit (Verweisungsprivileg, Subsidiarität) .....	129
3.5.1.1 Regelungszweck .....	129
3.5.1.2 Entfallen des Verweisungsprivilegs .....	130
3.5.1.3 Anforderungen an die „anderweitige Ersatzmöglichkeit“ .....	132
3.5.1.4 Anwendungsbereich des Verweisungsprivilegs in der kommunalen Haftungspraxis .....	133
3.5.2 Schadenabwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels .....	134
3.5.3 Ausschlusswirkung von Planfeststellungsverfahren .....	135
3.5.4 Sonstige Haftungsausschlüsse und -beschränkungen .....	136
3.6 Kausalität und Schaden .....	137
3.7 Darlegungs- und Beweisfragen .....	137
3.7.1 Amtspflichtverletzung .....	137
3.7.2 Verlässlichkeitsgrundlage .....	137
3.7.3 Verschulden .....	138
3.7.4 Anderweitige Ersatzmöglichkeit .....	139
3.7.5 Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels .....	140
3.7.6 Kausalität und Schaden .....	140
<b>4. Der gemeinschaftsrechtliche Staatshaftungsanspruch ....</b>	<b>140</b>
4.1 Vorbemerkung und praktische Relevanz .....	141
4.2 Die Haftungsvoraussetzungen im Überblick .....	142
4.3 Passivlegitimation der Kommune .....	143
4.4 Die Verletzung einer unionsrechtlichen Schutznorm .....	143
4.4.1 Die Feststellung der Schutznormverletzung .....	143
4.4.2 Kein Anwendungsvorrang nationalen Rechts .....	145
4.5 Der hinreichend qualifizierte Verstoß .....	145
4.5.1 Die Anwendung auf kommunaler Ebene, Haftungsmaßstab ..	145

	Seite
4.5.2	Die Kriterien des hinreichend qualifizierten Verstoßes . . . . . 148
4.5.3	Konsequenzen für die Kommunen . . . . . 149
4.6	Kausalität . . . . . 150
4.7	Haftungsausfüllende Kausalität, Vorrang des Primärrechtsschutzes, Subsidiarität, Mitverschulden, Schaden und Rechtsweg . . . . . 151
<b>5.</b>	<b>Verschuldensunabhängige Entschädigungsansprüche . . . . . 151</b>
5.1	Überblick und Haftungsregime . . . . . 151
5.1.1	Entschädigung für rechtmäßiges hoheitliches Handeln . . . . . 152
5.1.2	Entschädigung für rechtswidriges hoheitliches Handeln . . . . . 154
5.1.3	Rechtsfolgen und praktische Relevanz . . . . . 154
5.2	Der enteignungsgleiche Eingriff . . . . . 155
5.2.1	Begriff des Eingriffs . . . . . 155
5.2.2	Die eigentumsrechtlich geschützte Position . . . . . 156
5.2.3	Unmittelbarkeit des Eingriffs . . . . . 158
5.2.4	Schadensanfälliger Zustand des Eingriffsgegenstands . . . . . 159
5.2.5	Verstoß gegen die Inanspruchnahme von Primärrechtsschutz, § 254 BGB . . . . . 159
5.3	Der enteignende Eingriff . . . . . 160
5.3.1	Grundsätzliches zum Eingriffstatbestand beim enteignenden Eingriff . . . . . 160
5.3.2	Opfergrenze bei hoheitlichen Beeinträchtigungen des Gewerbebetriebs . . . . . 161
5.3.3	Opfergrenze bei hoheitlichen Beeinträchtigungen von Grundstücken . . . . . 162
5.4	Keine Subsidiarität . . . . . 163
5.5	Passivlegitimation . . . . . 164
5.6	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . . 164
5.7	Spezialgesetzliche Entschädigungsregelungen . . . . . 165
5.7.1	Bundesrecht . . . . . 165
5.7.1.1	Planfeststellungsbeschlüsse . . . . . 165
5.7.1.2	BImSchG und WHG . . . . . 165
5.7.1.3	BauBG . . . . . 166
5.7.2	Landesrecht, Staatshaftung in den neuen Bundesländern . . . . . 166
5.7.2.1	Polizeigesetze . . . . . 166
5.7.2.2	Staatshaftung in den neuen Bundesländern . . . . . 166
<b>6.</b>	<b>Verjährungsfragen . . . . . 167</b>
6.1	Vorbemerkung . . . . . 167
6.2	Grundsätze . . . . . 168
6.3	Entstehen des Amtshaftungsanspruchs . . . . . 168
6.4	Kenntnis (grob fahrlässige Unkenntnis) und Zumutbarkeit . . . . . 169

	Seite
6.5	Verjährungshemmung . . . . . 171
6.5.1	Primärrechtsschutz . . . . . 171
6.5.1.1	Hemmung durch Vorverfahren . . . . . 172
6.5.1.2	Keine Hemmung durch Eilverfahren . . . . . 172
6.5.1.3	Auskünfte . . . . . 173
6.5.1.4	Keine Hemmung durch Beiladung im Verwaltungsrechtstreit . . . . . 173
6.5.1.5	Versagung des Einvernehmens . . . . . 173
6.5.1.6	Weisungsfälle . . . . . 173
6.5.2	Hemmung durch Verhandlungen . . . . . 174
6.6	Die Verjährung weiterer kommunaler Haftpflichttatbestände wegen hoheitlicher Betätigung . . . . . 174
6.6.1	Ansprüche aus enteignungsgleichem bzw. enteignendem Eingriff, Aufopferung . . . . . 174
6.6.2	Die Verjährung des gemeinschaftsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs . . . . . 174
6.6.3	Landesrechtliche Verjährungsvorschriften . . . . . 175
6.6.4	Verjährung der Ansprüche aus dem StHG-DDR . . . . . 175
6.7	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . . 176

### KAPITEL III

#### **Verwaltungsprivatrechtliche Haftung der Kommunen** 177

<b>1.</b>	<b>Vorbemerkung . . . . .</b>	<b>177</b>
1.1	Erscheinungsformen und Grenzen privatwirtschaftlich-fiskalischen Handelns der Kommune . . . . .	177
1.2	Überblick über die Haftungstatbestände, Praxisrelevanz . . . . .	178
1.3	Geltung der Grundrechte . . . . .	178
1.4	Anwendung der Kollegialgerichtsrichtlinie . . . . .	180
<b>2.</b>	<b>Vertragliche und vertragsähnliche Haftung . . . . .</b>	<b>180</b>
2.1	Kommunale Vertragshaftung . . . . .	180
2.1.1	Wissensmanagement der Kommune und Wissenszurechnung . . . . .	180
2.1.1.1	Organwissen . . . . .	181
2.1.1.2	Dokumentationspflicht . . . . .	182
2.1.1.3	Wissensaufspaltung . . . . .	182
2.1.2	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . .	183
2.2	Verschulden bei Vertragsschluss (culpa in contrahendo) . . . . .	184
2.2.1	Allgemeines . . . . .	184
2.2.2	Enttäushtes Vertrauen infolge Abbruchs der Vertragsverhandlungen . . . . .	185
2.2.3	Verletzung von Aufklärungs- und Hinweispflichten . . . . .	186
2.2.4	Grenzen kommunaler Vertrauenshaftung, Haftungsumfang und Mitverschulden . . . . .	190



	Seite
2.2.4.1	Schutzzweck und Kausalität . . . . . 190
2.2.4.2	Rechtsfolgen und kommunalrechtliche Begrenzung des Haftungsumfangs . . . . . 191
2.2.4.3	Mitverschulden . . . . . 192
2.2.5	Darlegungs- und Beweisfragen, Rechtsweg . . . . . 193
2.3	Störung der Geschäftsgrundlage . . . . . 193
2.3.1	Geschäftsgrundlage . . . . . 193
2.3.2	Schwerwiegende Veränderung . . . . . 194
2.3.3	Risikobetrachtung . . . . . 195
2.3.4	Vorhersehbarkeit . . . . . 197
2.3.5	Unzumutbarkeit . . . . . 197
2.3.6	Rechtsfolgen . . . . . 198
2.4	Geschäftsführung ohne Auftrag . . . . . 198
<b>3.</b>	<b>Privatrechtliche Deliktshaftung, §§ 823 ff. BGB. . . . . 199</b>
<b>4.</b>	<b>Der nachbarrechtliche Ausgleichsanspruch . . . . . 200</b>
4.1	Vorbemerkung und Haftungsrisiko für die Kommunen . . . . . 200
4.2	Anwendbarkeit . . . . . 201
4.2.1	Abschließende Regelung durch Spezialgesetz . . . . . 202
4.2.2	Sperrwirkung öffentlich-rechtlicher Genehmigungen . . . . . 202
4.2.3	Sperrwirkung von Planfeststellungsbeschlüssen . . . . . 203
4.3	Entschädigung gem. § 906 Abs. 2 S. 2 BGB. . . . . 204
4.3.1	Wesentliche bzw. unzumutbare Beeinträchtigung. . . . . 204
4.3.2	Ortsübliche Benutzung des störenden Grundstücks . . . . . 205
4.4	Entschädigung gem. § 906 Abs. 2 S. 2 BGB analog. . . . . 205
4.4.1	Überblick. . . . . 205
4.4.2	Anspruchsvoraussetzungen und Praxisrelevanz . . . . . 206
4.4.2.1	Begriff der Einwirkung . . . . . 206
4.4.2.2	Erfordernis der Grundstücksbezogenheit der Beeinträchtigung. . . . . 207
4.4.2.3	Grundsätzliche Abwehrmöglichkeit und ihre fehlende Durchsetzbarkeit (faktischer Duldungszwang). . . . . 208
4.5	Aktiv- und Passivlegitimation . . . . . 209
4.5.1	Passivlegitimation. . . . . 209
4.5.1.1	Störereigenschaft und Zurechnung. . . . . 209
4.5.1.2	Person des Grundstücksnutzers . . . . . 211
4.5.1.3	Haftungsverteilung bei mehreren Ausgleichspflichtigen . . . . . 211
4.5.2	Aktivlegitimation . . . . . 212
4.6	Ausgleichspflicht und Rechtsfolgen . . . . . 212
4.7	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . . 213
<b>5.</b>	<b>Haftung nach dem AGG . . . . . 213</b>
5.1	Aktivlegitimation . . . . . 215

	Seite
5.1.1	Beschäftigte ..... 215
5.1.2	Bewerber und Scheinbewerbungen ..... 216
5.2	Passivlegitimation ..... 217
5.2.1	Arbeitgeber. .... 217
5.2.2	Zurechnung des Verhaltens Dritter ..... 217
5.3	Das Benachteiligungsverbot des § 7 Abs. 1 AGG ..... 218
5.3.1	Vergleichbare Situation ..... 218
5.3.2	Indizien für eine Benachteiligung ..... 220
5.3.2.1	Stellenanzeigen. .... 220
5.3.2.2	Benachteiligungen von Schwerbehinderten ..... 221
5.3.2.3	Statistik als Indiz ..... 223
5.3.2.4	Auskunftsanspruch ..... 223
5.3.3	Beweislastumkehr ..... 224
5.3.4	Rechtfertigung ..... 225
5.4	Schadenersatzverpflichtung nach § 15 Abs. 1 AGG ..... 225
5.5	Entschädigungsanspruch nach § 15 Abs. 2 AGG. .... 227
5.6	Ausschlussfristen ..... 228
5.7	Konkurrierende Ansprüche ..... 230
<b>6.</b>	<b>Urheber-, Kennzeichen- und Markenrechte</b> ..... 230
6.1	Verletzung von Urheberrechten. .... 231
6.1.1	Verletzung der Urheberrechte des Architekten ..... 231
6.1.1.1	Urheberrechtliche Schutzfähigkeit des Bauwerks ..... 232
6.1.1.2	Schutz der Werkintegrität ..... 233
6.1.1.3	Rechtsfolgen. .... 236
6.1.2	Sonstige Urheberrechtsverletzungen durch die öffentliche Hand ..... 238
6.2	Verletzungen von Namens-, Kennzeichen- und Markenrechten ..... 240
6.2.1	Namens- und Kennzeichenrechte ..... 240
6.2.1.1	Anspruchsvoraussetzungen ..... 240
6.2.1.2	Rechtsfolgen. .... 242
6.2.2	Markenrechte ..... 242
<b>7.</b>	<b>Wettbewerbsrecht der Kommunen</b> ..... 243
7.1	Übersicht ..... 243
7.1.1	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) ..... 245
7.1.1.1	Haftungsregime und -subjekt, Rechtsweg ..... 245
7.1.1.2	Fallgruppen kommunaler Haftungsrisiken und Rechtsfolgen ..... 248
7.1.2	Kartellrecht (GWB) ..... 252
7.1.2.1	Haftungsregime und -subjekt, Rechtsweg ..... 252
7.1.2.2	Fallgruppen kartellrechtlicher kommunaler Haftungsrisiken. .... 254
7.1.2.3	Rechtsfolgen. .... 257

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
7.1.2.4 Fusionskontrolle. ....	257
7.2 Europäisches Beihilfenrecht .....	258
7.2.1 Anwendungsbereich. ....	258
7.2.2 Unzulässige Beihilfen i. S. d. AEUV .....	259
7.2.2.1 „De-minimis“-Beihilfen/ Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung .....	261
7.2.2.2 Marktkonforme Begünstigungen .....	261
7.2.2.3 Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge	262
7.2.2.4 Ausnahmsweise fehlender grenzüberschreitender Bezug. ....	263
7.2.3 Rechtsfolgen und Rechtsweg. ....	264
<b>8. Die Vergabe öffentlicher Aufträge .....</b>	<b>264</b>
8.1 Vergabeverfahren gem. §§ 97 ff. GWB .....	266
8.1.1 Allgemeine Vorgaben .....	266
8.1.2 Schwellenwerte .....	266
8.1.3 Kommunen und kommunale Einrichtungen als öffentliche Auftraggeber .....	268
8.1.4 Öffentlicher Auftrag. ....	269
8.1.4.1 Definition .....	269
8.1.4.2 Verkauf und Erwerb von Grundstücken, Bauverträge und -konzessionen, städtebauliche Planung und Erschließung. ....	270
8.1.4.3 Dienstleistungsauftrag – Dienstleistungskonzession – öffentlich-private Partnerschaften. ....	272
8.1.4.4 „Inhouse-Geschäfte“ – Interkommunale Zusammenarbeit ...	274
8.1.5 Arten der Vergabe. ....	278
8.1.6 Wahl der richtigen Vertragsordnung. ....	278
8.1.7 Die Bekanntmachung. ....	279
8.1.8 Die Angebotswertung .....	280
8.1.8.1 Ausschlussgründe. ....	281
8.1.8.2 Die Eignungsprüfung. ....	281
8.1.8.3 Die Angemessenheit der Preise. ....	283
8.1.8.4 Der Zuschlag. ....	284
8.1.9 Mitwirkung Dritter am Vergabeverfahren – Interessen- kollision. ....	285
8.1.10 Dokumentation und Vorabinformation .....	286
8.1.11 Aufhebung des Vergabeverfahrens .....	287
8.1.12 Das Nachprüfungsverfahren .....	288
8.1.13 Schadenersatz .....	290
8.2 Vergabeverfahren außerhalb des GWB. ....	291
8.2.1 Auftragsvergabe mit Binnenmarktrelevanz .....	292
8.2.2 Rechtsnatur und Bindungswirkung der Vertragsordnungen ..	293
8.2.3 Haftung des Auftraggebers bei Vergabefehlern. ....	294
8.2.4 Prozessuale Besonderheiten. ....	294

	Seite
<b>9. Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für die Beteiligung an kommunalen Unternehmen des Privatrechts</b> .....	295
9.1 Grundsatz. ....	295
9.2 Durchgriffshaftung der Kommune als GmbH-Gesellschafterin .....	297
9.2.1 Grundsatz. ....	297
9.2.2 Fallgruppen der Durchgriffshaftung .....	299
9.2.2.1 Vermögensvermischung .....	299
9.2.2.2 Unterkapitalisierung .....	300
9.2.2.3 Existenzvernichtungshaftung .....	302
9.2.2.4 Haftung aus Konzernrecht .....	304
9.3 Durchgriffshaftung der Kommune bei Beteiligung an AG ...	305
9.3.1 Grundsatz. ....	305
9.3.2 Fallgruppen .....	306
9.3.2.1 Vermögensvermischung .....	306
9.3.2.2 Haftung aus Konzernrecht .....	307
9.3.2.3 Existenzvernichtungshaftung .....	309
9.3.3 Andere Haftungstatbestände .....	310
9.4 Darlegungs- und Beweisfragen. ....	311
<b>10. Gesamtschuldnerausgleich zwischen kommunalen Körperschaften</b> .....	312
KAPITEL IV	
<b>Gefährdungshaftung der Kommunen</b>	315
<b>1. Vorbemerkung</b> .....	315
<b>2. Haftpflichtgesetz (HPfLG)</b> .....	316
2.1 Vorbemerkung .....	316
2.2 Die Haftung des Bahnunternehmers .....	316
2.2.1 Vorbemerkung und Passivlegitimation .....	316
2.2.2 Begriff des Betriebs .....	317
2.2.3 Ausschluss der Haftung .....	318
2.2.4 Mitverschulden .....	320
2.2.5 Rechtsfolgen und Grenzen der Haftung .....	321
2.2.6 Darlegungs- und Beweisfragen, Kausalität .....	322
2.3 Die Anlagenhaftung .....	323
2.3.1 Haftungstatbestände .....	323
2.3.2 Anlagenbegriff .....	323
2.3.3 Inhaber der Anlage .....	324
2.3.4 Wirkungshaftung .....	325
2.3.4.1 Anspruchsvoraussetzungen .....	325

	Seite
2.3.4.2	Reichweite der Haftung . . . . . 326
2.3.5	Zustandshaftung . . . . . 326
2.3.6	Ausschluss der Ersatzpflicht . . . . . 327
2.3.7	Mitverschulden . . . . . 329
2.3.8	Rechtsfolgen . . . . . 329
2.3.9	Darlegungs- und Beweisfragen; Kausalität . . . . . 329
2.4	Haftungsbegrenzung . . . . . 330
<b>3.</b>	<b>Straßenverkehrsgesetz (StVG) . . . . . 331</b>
3.1	Vorbemerkung und Passivlegitimation. . . . . 331
3.2	Haftungsvoraussetzungen . . . . . 331
3.2.1	Halterhaftung . . . . . 331
3.2.2	Fahrerhaftung . . . . . 332
3.3	Begriff des „Kraftfahrzeugs“ . . . . . 333
3.4	Haftungsausschluss bei „höherer Gewalt“ . . . . . 333
3.4.1	Grundsätze . . . . . 333
3.4.2	„Höhere Gewalt“ bei Mäharbeiten der Kommune an Straßen 333
3.5	Sonderrechte . . . . . 335
3.6	Versicherungspflicht. . . . . 336
3.7	Haftungsausschluss . . . . . 337
<b>4.</b>	<b>Die Haftung der Kommune für Umwelteinwirkungen . . . . 337</b>
4.1	Vorbemerkung . . . . . 338
4.2	Umwelthaftungsgesetz (UmweltHG) . . . . . 338
4.2.1	Vorbemerkung . . . . . 338
4.2.2	Begriff der „Anlage“ und Passivlegitimation . . . . . 339
4.2.3	Umwelteinwirkung . . . . . 340
4.2.4	Kausalität. . . . . 342
4.2.5	Haftungsumfang . . . . . 343
4.2.6	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . . 345
4.3	Exkurs: Umweltschadengesetz (USchadG) . . . . . 346
4.3.1	Vorbemerkung . . . . . 346
4.3.2	Gesetzeszweck und Praxisrelevanz für die Kommunen. . . . . 347
4.3.3	Voraussetzungen und Rechtsfolgen . . . . . 347
4.4	Wasserhaushaltsgesetz (WHG) . . . . . 350
4.4.1	Vorbemerkung . . . . . 350
4.4.2	Verhaltenshaftung nach § 89 Abs. 1 WHG . . . . . 351
4.4.2.1	Haftungsbegründende Handlung . . . . . 352
4.4.2.2	Haftung von Abwasserverbänden. . . . . 353
4.4.3	Anlagenhaftung nach § 89 Abs. 2 WHG . . . . . 354
4.4.3.1	Haftungsbegründende Handlung . . . . . 354
4.4.3.2	Ausschluss der Haftung bei höherer Gewalt . . . . . 356
4.4.4	Inhalt und Umfang der Haftung nach § 89 WHG . . . . . 357

<b>KAPITEL V</b>	
<b>Kausalität, Mitverschulden, Schaden und Entschädigung</b>	<b>359</b>
<b>1. Allgemeines</b>	<b>359</b>
<b>2. Kausalität und Zurechnung</b>	<b>360</b>
2.1 Grundlagen, insbesondere haftungsbegründende und -ausfüllende Kausalität	360
2.2 Amtshaftung	361
2.2.1 Grundsätze	361
2.2.2 Darlegungs- und Beweisfragen	362
2.2.3 Die Bestimmung der pflichtgemäßen Maßnahme bzw. Entscheidung	363
2.2.4 Unterlassung und Verzögerung der pflichtgemäßen Maßnahme bzw. Entscheidung	365
2.2.5 Die Reichweite der fiktiven Kausalitätsprüfung	365
2.2.6 Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	366
2.3 Deliktsrecht gem. § 823 BGB	368
2.4 Gefährdungshaftung	368
2.5 Vertragliche, vertragsähnliche Haftung	368
2.6 Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche	369
2.7 Mitverschulden in Form der Mitverursachung	369
2.7.1 Grundsätze	369
2.7.2 Darlegungs- und Beweisfragen	371
2.7.3 Zurechnung fremder Mitverursachung, insbesondere des gesetzlichen Vertreters	371
2.7.3.1 Vorbemerkung	371
2.7.3.2 Aufsichtspflichtverletzung und Haftungsmaßstab	372
2.7.3.3 Voraussetzungen der Zurechnung des Verhaltens der Aufsichtspflichtigen	372
2.7.3.4 Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter als Sonderverbindung	374
2.7.3.5 Darlegungs- und Beweisfragen	375
<b>3. Schadenersatz</b>	<b>375</b>
3.1 Grundsätze kommunaler Haftung auf Schadenersatz	375
3.1.1 Vermögensschäden und Vermögensfolgeschäden	377
3.1.2 Sach- und Personenschäden	379
3.1.3 Der Ersatz des negativen und positiven Interesses	379
3.2 Typische Schadenpositionen kommunaler Haftung	380
3.2.1 Vorbemerkung	380
3.2.2 Beschädigung und Reparatur von Gebäuden	380
3.2.2.1 Vorbemerkung	380
3.2.2.2 Ersetzungsbefugnis beim wirtschaftlichen Totalschaden	381

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
3.2.2.3 Der Ersatz des merkantilen Minderwerts .....	382
3.2.2.4 Nutzungsentschädigung .....	384
3.2.3 Entgangener Gewinn/Verdienstausfall .....	384
3.2.3.1 Vorbemerkung .....	384
3.2.3.2 Entgangener Gewinn bei „faktischer“ Bausperre .....	385
3.2.3.3 Verdienstausfall bei Unfallverletzungen Selbständiger .....	386
3.2.3.4 Entgangener Gewinn bei Nutzungsuntersagung bzw. verweigerter Nutzungsänderung .....	386
3.2.3.5 Anlagezinsschaden .....	386
3.2.3.6 Darlegungs- und Beweisfragen .....	387
3.2.4 Weitere praxisrelevante Schadenpositionen .....	388
3.2.4.1 Immaterielle Schäden/Schmerzensgeld .....	388
3.2.4.2 Schäden an Pflanzen .....	389
3.2.4.3 Umsatzsteuer .....	390
3.2.4.4 Weitere praxisrelevante Beispiele aus der Rechtsprechung .....	390
3.3 Verstoß gegen die Schadenminderungspflicht .....	390
3.3.1 Allgemeines zur Schadenabwendung und -minderung .....	391
3.3.2 Darlegungs- und Beweisfragen .....	392
<b>4. Die Enteignungsentschädigung .....</b>	<b>392</b>
4.1 Grundsätze .....	392
4.2 Vollentziehung des Eigentums .....	393
4.3 Teilentziehung (Wertbeeinträchtigung) auf Dauer .....	394
4.4 Ertragsverluste .....	394
4.5 Grundstücke .....	395
4.5.1 Vorübergehende Nutzungsbeeinträchtigung .....	395
4.5.2 Dauerhafte Nutzungsbeeinträchtigung .....	395
4.5.3 Merkantiler Minderwert .....	396
4.6 Schmerzensgeld .....	396

### Teil B

<b>Typische Fallgruppen kommunaler Dritthaftung</b>	397
---	-----

### KAPITEL I

<b>Verkehrssicherungspflichtverletzungen</b>	399
--	-----

<b>1. Allgemeines .....</b>	<b>399</b>
1.1 Umfang der Verkehrssicherungspflicht .....	400
1.1.1 Verkehrseröffnung und Widmung .....	400
1.1.2 Gefahren außerhalb der Verkehrseröffnung .....	402
1.1.3 Verkehrssicherungspflichten gegenüber Kindern .....	402
1.1.4 Gefahrverursachung durch Dritte .....	404
1.1.5 Hinweis- und Warnpflichten .....	405
1.1.6 Abstrakte Gefahren .....	406

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
1.1.7	Verstoß gegen Schutzbestimmungen . . . . . 407
1.1.8	Überprüfung bestehender Sicherheitsmaßnahmen. . . . . 408
1.2	Verpflichteter . . . . . 408
<b>2.</b>	<b>Straßenverkehrssicherungspflicht. . . . . 409</b>
2.1	Verantwortlichkeit für den Straßenzustand . . . . . 411
2.1.1	Kontrollpflichten. . . . . 414
2.1.2	Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr. . . . . 415
2.1.2.1	Gefahren durch Schlaglöcher . . . . . 416
2.1.2.2	Gefahren durch Kanaldeckel . . . . . 417
2.1.2.3	Straßenbankette . . . . . 419
2.1.2.4	Verkehrsberuhigende Maßnahmen . . . . . 422
2.1.2.5	Freihaltung des Luftraums über der Straße. . . . . 426
2.1.2.6	Beleuchtung der Straßen und Wege . . . . . 427
2.1.2.7	Parkhäuser und Parkplätze. . . . . 428
2.1.2.8	Verantwortlichkeit gegenüber Radfahrern . . . . . 429
2.1.3	Verantwortlichkeit gegenüber dem Fußgängerverkehr . . . . . 430
2.1.3.1	Unebenheiten. . . . . 431
2.1.3.2	Beleuchtung der Gehwege . . . . . 434
2.1.3.3	Verunreinigungen . . . . . 434
2.1.4	Mitverschulden . . . . . 435
2.1.4.1	Fußgänger. . . . . 435
2.1.4.2	Fahrzeugführer . . . . . 436
2.1.4.3	Radfahrer . . . . . 436
2.1.5	Darlegungs- und Beweisfragen. . . . . 437
2.2	Räum- und Streupflicht. . . . . 437
2.2.1	Sachlicher Umfang der Räum- und Streupflicht. . . . . 438
2.2.1.1	Zeitliche Grenzen . . . . . 442
2.2.1.2	Wahl der Streumittel . . . . . 444
2.2.2	Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr. . . . . 445
2.2.2.1	Verkehrswichtige Straßen . . . . . 446
2.2.2.2	Gefährliche Stellen. . . . . 447
2.2.2.3	Einmündungsbereiche. . . . . 448
2.2.2.4	Parkplätze. . . . . 449
2.2.2.5	Radfahrer . . . . . 449
2.2.3	Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr . . . . . 450
2.2.3.1	Gehwege und Gehbahnen. . . . . 451
2.2.3.2	Fußgängerüberwege . . . . . 452
2.2.3.3	Außerörtliche Gehwege . . . . . 453
2.2.3.4	Parkplätze. . . . . 453
2.2.3.5	Fußgängerzonen . . . . . 454
2.2.3.6	Bushaltestellen . . . . . 454
2.2.4	Organisationspflichten . . . . . 455



	Seite
2.2.5 Übertragung von Sicherungspflichten auf Anlieger .....	457
2.2.5.1 Satzungen und Rechtsverordnungen .....	457
2.2.5.2 Inhalt und Umfang der Übertragung .....	458
2.2.5.3 Überwachungspflichten .....	460
2.2.5.4 Besonderheiten in einigen Bundesländern .....	461
2.2.6 Mitverschulden .....	462
2.2.7 Darlegungs- und Beweisfragen .....	463
2.3 Straßenbäume .....	466
2.3.1 Zum Begriff Straßenbaum .....	467
2.3.2 Träger der Verkehrssicherungspflicht .....	467
2.3.3 Umfang und Grenzen der Verkehrssicherungspflicht für Straßenbäume .....	468
2.3.4 Intervalle und Inhalt von Baumkontrollen .....	471
2.4 Bauarbeiten .....	474
2.4.1 Absicherung, Beschilderung .....	475
2.4.1.1 Fehlschaltung von Baustellenampeln .....	477
2.4.1.2 Mobile Verkehrsschilder .....	477
2.4.2 Tiefbauarbeiten, Schäden an Versorgungsleitungen .....	478
2.4.3 Verschmutzungen .....	480
2.5 Verkehrsregelungspflicht .....	480
<b>3. Gebäude und öffentliche Einrichtungen .....</b>	<b>483</b>
3.1 Gebäude .....	483
3.1.1 Fußböden .....	484
3.1.2 Treppen .....	486
3.1.3 Lichtschachtabdeckungen .....	486
3.1.4 § 836 BGB .....	487
3.2 Sport- und Freizeiteinrichtungen .....	487
3.3 Spielplätze .....	489
3.3.1 Anforderungen an Spiel- und Sportgeräte .....	490
3.3.2 DIN-Vorschriften .....	491
3.3.3 Kontrollen und Dienstanweisungen .....	493
3.3.4 Abenteuerspielplätze .....	494
3.3.5 Mitverschulden .....	494
3.4 Kindergärten und Schulen .....	495
3.4.1 Umfang der Verkehrssicherungspflicht .....	495
3.4.2 Haftungsausschluss .....	495
3.4.3 Wirkungen des Haftungsausschlusses gegenüber Dritten ....	497
3.5 Dachlawinen .....	499
3.6 Schwimmbäder, Seen und sonstige Wasserflächen .....	502
3.6.1 Sicherheitstechnische Anforderungen bei Planung und Bau von Schwimmbädern .....	503

	Seite
3.6.2	Sicherheitstechnische Anforderungen an den Betrieb von Schwimmbädern . . . . . 506
3.6.3	Badeaufsicht . . . . . 507
3.6.4	Verkehrssicherungspflichten für Bade- und Baggerseen . . . . 510
3.6.5	Verkehrssicherungspflichten bei sonstigen Wasserflächen . . . 511
3.7	Friedhöfe . . . . . 513
4.	<b>Wald</b> . . . . . 516
KAPITEL II	
<b>Öffentliches Baurecht</b>	
	521
1.	<b>Vorbemerkung</b> . . . . . 521
2.	<b>Gesetzliche Grundlagen</b> . . . . . 522
3.	<b>Das Recht auf Baufreiheit.</b> . . . . . 523
4.	<b>Überblick über die Haftungsproblematik</b> . . . . . 524
5.	<b>Bauplanungsrecht</b> . . . . . 524
5.1	Unwirksamer Bebauungsplan . . . . . 526
5.1.1	Planungsfehler als selbständiger Haftungstatbestand . . . . . 527
5.1.2	Drittgerichtetheit der Amtspflicht . . . . . 528
5.1.3	Amtspflichten im Zusammenhang mit dem Abwägungsgebot 530
5.1.3.1	Der Grundsatz der Konfliktbewältigung . . . . . 531
5.1.3.2	Der Trennungsgrundsatz . . . . . 532
5.1.3.3	Die Belange des Hochwasserschutzes . . . . . 532
5.1.3.4	Das interkommunale Abstimmungsgebot . . . . . 533
5.1.4	Plangewährleistung/Baugrundrisiken . . . . . 533
5.1.5	Sonderfall: Überplanung kontaminierter Grundstücke (Altlasten) . . . . . 534
5.1.5.1	Ausweisung kontaminierter Flächen als Amtspflicht- verletzung . . . . . 535
5.1.5.2	Objektiver Sorgfaltsmaßstab . . . . . 536
5.1.5.3	Wohn- und Arbeitsbevölkerung als „Dritte“ . . . . . 537
5.1.5.4	Anderweitige Ersatzmöglichkeit . . . . . 540
5.1.5.5	Umfang des zu ersetzenden Schadens . . . . . 541
5.1.5.6	Keine Haftung nach Enteignungsgrundsätzen . . . . . 542
5.1.5.7	Keine Haftung nach dem Umwelthaftungsgesetz . . . . . 543
5.1.5.8	Parallellfall: Bergschäden . . . . . 543
5.2	Rechtswidriger Flächennutzungsplan . . . . . 544
5.3	Haftung für die Aufgabe und Änderung der Plankonzeption 545
5.3.1	Rechtlicher Ausgangspunkt des BGH . . . . . 546
5.3.2	Amtshaftung . . . . . 547

	Seite
5.3.3	Vertragliche und vertragsähnliche Ansprüche . . . . . 548
5.3.3.1	Vertragliche Ansprüche . . . . . 548
5.3.3.2	Vertragsähnliche Ansprüche . . . . . 549
5.4	Planungsschäden gem. §§ 39 bis 42 BauGB . . . . . 550
5.5	Sicherung der Bauleitplanung . . . . . 552
5.5.1	Unwirksame Veränderungssperren . . . . . 553
5.5.1.1	Amtshaftung . . . . . 554
5.5.1.2	Enteignungsgleicher Eingriff . . . . . 556
5.5.1.3	Entschädigung gem. § 18 BauGB . . . . . 557
5.5.2	Rechtswidrige Zurückstellung . . . . . 558
5.5.3	Faktische Bausperren durch individuelles Fehlverhalten . . . . . 559
<b>6.</b>	<b>Bauverwaltungsakte . . . . . 559</b>
6.1	Genehmigungsfreie Bauvorhaben . . . . . 560
6.2	Die Versagung von Bauvorbescheid und Baugenehmigung . . . . . 561
6.2.1	Amtspflichten im Kontext der Versagung . . . . . 562
6.2.2	Haftung für fehlerhafte Prüfleistungen von Prüfsachverständigen und -sachverständigen . . . . . 562
6.2.3	Geschützter Dritter bei rechtswidriger Versagung . . . . . 563
6.2.4	Verschuldensmaßstab/Normverwerfungskompetenz . . . . . 565
6.2.5	Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels . . . . . 567
6.2.6	Umfang des zu ersetzenden Schadens . . . . . 567
6.2.7	Landesrechtliche Sonderbestimmungen . . . . . 568
6.3	Der verzögerte Erlass von Bauverwaltungsakten . . . . . 570
6.3.1	Vorbemerkung . . . . . 570
6.3.2	Begriff der Verzögerung, Wirkungen . . . . . 570
6.3.3	Der zulässige Bearbeitungszeitraum . . . . . 572
6.3.4	Amtshaftung . . . . . 573
6.3.5	Enteignungsgleicher Eingriff . . . . . 574
6.4	Die rechtswidrige Erteilung von Bauvorbescheid und Baugenehmigung . . . . . 574
6.4.1	Geschützter „Dritter“ bei rechtswidriger Erteilung . . . . . 575
6.4.2	Sachliche und inhaltliche Begrenzungen der Amtspflicht . . . . . 576
6.4.3	Mitverschulden des Begünstigten . . . . . 579
6.4.4	Anderweitige Ersatzmöglichkeit . . . . . 580
6.4.5	Sonderfall: Rechtswidrige Erteilung einer Baugenehmigung für ein altlastenverseuchtes Grundstück und bei Bergschäden . . . . . 581
6.5	Die rechtswidrige Rücknahme von Bauvorbescheid und Baugenehmigung . . . . . 583
<b>7.</b>	<b>Die Erteilung und Versagung des Einvernehmens . . . . . 584</b>
7.1	Baugenehmigungsbehörde und Gemeinde . . . . . 586
7.2	Die Erteilung des Einvernehmens . . . . . 587

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
7.3 Die Versagung des Einvernehmens .....	587
7.3.1 Ausgangspunkt: Die Rechtslage bis 1998 .....	588
7.3.2 Die Ersetzung des Einvernehmens .....	590
7.3.2.1 Haftungsrechtliche Konsequenzen der Ersetzungsbefugnis..	591
7.3.2.2 Ersetzungsbefugnis und Normverwerfungskompetenz .....	592
7.3.3 Verbliebene Haftungsrisiken trotz Ersetzungsbefugnis. ....	594
7.3.3.1 Verzögerung aufgrund der Einvernehmensersetzung .....	594
7.3.3.2 Verzögerung durch Rechtsmittel der Kommune .....	595
7.3.3.3 Spezielle landesgesetzliche Regelungen.....	596
7.3.4 Die Haftungssituation bei fehlender Ersetzungsbefugnis ....	597
7.3.4.1 Amtshaftungsansprüche .....	598
7.3.4.2 Ansprüche aus enteignungsgleichem Eingriff.....	599
<b>8. Fehlerhafte Auskünfte und fehlende Hinweise .....</b>	<b>600</b>
8.1 Fehlerhafte Auskünfte.....	600
8.2 Fehlende Hinweise und Belehrungen .....	602
<b>9. Kausalitäts- und Zurechnungsprobleme .....</b>	<b>603</b>
9.1 Vorbemerkung .....	603
9.2 Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens .....	604
9.2.1 Veränderungssperre und Zurückstellung .....	604
9.2.2 Bebauungs- und Flächennutzungsplan .....	607
9.2.3 Verzögerung.....	607
9.3 Mitverursachung (mitwirkendes Verschulden).....	607
<b>10. Prozessuale Besonderheiten .....</b>	<b>608</b>
<b>KAPITEL III</b>	
<b>Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz</b>	<b>611</b>
<b>1. Vorbemerkung und Übersicht .....</b>	<b>612</b>
<b>2. Schäden durch (ungefassetes) Niederschlagswasser.....</b>	<b>613</b>
2.1 Amtshaftung.....	614
2.1.1 Fehlendes Entwässerungssystem .....	615
2.1.2 Unzureichendes Entwässerungssystem.....	617
2.1.2.1 Amtspflichten bei Planung und Errichtung von Entwässerungsmaßnahmen.....	617
2.1.2.2 Amtspflichten bei der Wartung und Unterhaltung .....	621
2.1.2.3 Verpflichtung zur Anpassung.....	622
2.1.3 Kausalität bzw. rechtmäßiges Alternativverhalten .....	622
2.1.4 Anderweitige Ersatzmöglichkeit .....	623
2.2 Ansprüche nach dem Haftpflichtgesetz .....	625
2.2.1 Anwendungsbereich des Haftpflichtgesetzes .....	625
2.2.2 Passivlegitimation .....	626

	Seite
2.2.3	Höhere Gewalt . . . . . 627
2.3	Öffentlich-rechtliche Entschädigungsansprüche. . . . . 628
2.4	Ansprüche aus Nachbarrecht . . . . . 630
2.5	Reaktionspflicht auf den Klimawandel. . . . . 630
<b>3.</b>	<b>Schäden durch ausuferndes Oberflächenwasser . . . . . 633</b>
3.1	Gewässerunterhaltung und Verkehrssicherungspflicht. . . . . 634
3.1.1	Gewässerunterhaltung . . . . . 634
3.1.2	Haftungsregime . . . . . 635
3.1.3	Allgemeine Verkehrssicherungspflicht . . . . . 636
3.2	Gewässerausbau . . . . . 638
3.2.1	Unterlassener Ausbau . . . . . 638
3.2.2	Mangelhafter Ausbau . . . . . 639
3.3	Hochwasserschutz . . . . . 640
3.3.1	Vorgaben des WHG . . . . . 641
3.3.2	Hochwasserwarnpflicht. . . . . 644
<b>4.</b>	<b>Haftung für schadhafte Entwässerungs- oder Schmutzwasserkanäle . . . . . 645</b>
4.1	Schäden durch austretendes Wasser . . . . . 645
4.2	Rückstauschäden . . . . . 647
4.2.1	Pflicht zum Einbau von Rückstausicherungen . . . . . 648
4.2.2	Keine Haftung nach dem Haftpflichtgesetz. . . . . 649
4.2.3	Amtshaftung bei fehlender Rückstausicherung. . . . . 651
4.2.4	Ausgleichsansprüche bei Rückstau . . . . . 653
4.2.5	Haftungsausschlüsse in kommunalen Entwässerungs- satzungen. . . . . 654
<b>5.</b>	<b>Mitverschulden . . . . . 655</b>
5.1	Vorsorgemaßnahmen . . . . . 655
5.2	Schadenminderungspflicht. . . . . 656
5.3	Anspruchsminderung wegen schadenanfälliger Lage der Grundstücke. . . . . 657
<b>6.</b>	<b>Darlegungs- und Beweisfragen. . . . . 657</b>
6.1	Nicht gefasstes Wasser . . . . . 657
6.1.1	Kausalität bzw. rechtmäßiges Alternativverhalten . . . . . 657
6.1.2	Verschulden. . . . . 660
6.2	Gefasstes Wasser. . . . . 661

## KAPITEL IV

### Kommunikationshaftung 663

<b>1.</b>	<b>Vorbemerkung. . . . . 663</b>
<b>2.</b>	<b>Haftung für Auskünfte, Hinweise und Zusagen . . . . . 663</b>
2.1	Vorbemerkung . . . . . 663

	Seite
2.2	Haftung für Auskünfte und Hinweise. . . . . 664
2.2.1	Begriff der Auskunft . . . . . 664
2.2.2	Entstehen der informatorischen Amtspflichten . . . . . 665
2.2.3	Inhalt und personale Reichweite der informatorischen Amtspflichten. . . . . 666
2.2.4	Verschulden . . . . . 668
2.2.5	Verlässlichkeitsgrundlage/Vertrauensschutz. . . . . 668
2.3	Umfang des ersatzfähigen Schadens . . . . . 669
2.4	Mitverursachung i.S.d. § 254 Abs. 1 BGB . . . . . 670
2.5	Haftung für Zusagen und Zusicherungen. . . . . 671
2.6	Verjährung . . . . . 672
<b>3.</b>	<b>Haftung für behördliche Warnungen und Hinweise mit Eingriffscharakter. . . . . 672</b>
3.1	Vorbemerkung . . . . . 673
3.2	Informatorische Eingriffsbefugnisse, insbesondere nach dem ProdSG, LFGB und VIG . . . . . 674
3.3	Amtspflichten im Kontext behördlicher Warn- und Informationsbefugnisse. . . . . 676
3.4	Die Haftung der Kommunen für Auskünfte gegenüber der Presse. . . . . 677
<b>4.</b>	<b>Die Haftung der Kommune für Ehrverletzungen . . . . . 678</b>
4.1	Überblick . . . . . 679
4.2	Haftungsregime und Passivlegitimation . . . . . 679
4.3	Die einzelnen Ehrschutzansprüche . . . . . 681
4.3.1	Vorbemerkung . . . . . 681
4.3.2	Grenzen des Ehrschutzes . . . . . 681
4.3.3	Ansprüche auf Unterlassung und Widerruf . . . . . 682
4.3.3.1	Abgrenzung zwischen Werturteil und Tatsachenbehauptung. 682
4.3.3.2	Öffentlich-rechtliche Unterlassungs- und Widerrufsansprüche 683
4.3.3.3	Zivilrechtliche Unterlassungs- und Widerrufsansprüche . . . 686
4.3.4	Schadenersatzansprüche . . . . . 688

## KAPITEL V

### Kommunale Baumaßnahmen, Daseinsfürsorge, Gefahrenabwehr

	689
<b>1.</b>	<b>Vorbemerkung . . . . . 689</b>
<b>2.</b>	<b>Die Haftung der Kommune für Baumaßnahmen . . . . . 689</b>
2.1	Arbeiten in und an Straßen. . . . . 690
2.1.1	Vorbemerkung . . . . . 690
2.1.2	Haftungsregime und Passivlegitimation . . . . . 690

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
2.1.2.1 Grundsätze und ihre Ausnahme (Werkzeugtheorie) . . . . .	690
2.1.2.2 Fallgruppen und Kritik . . . . .	692
2.1.2.3 Sonderfall Anschluss- und Benutzungsverhältnisse . . . . .	695
2.1.3 Mögliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	695
2.1.3.1 Amts- und Deliktshaftung. . . . .	695
2.1.3.2 Enteignungs- und Ausgleichsansprüche. . . . .	696
2.1.4 Ausschlusswirkung von Planfeststellungsverfahren . . . . .	697
2.1.5 Fallgruppen kommunaler Haftung für Straßen- und Kanalbaumaßnahmen . . . . .	698
2.1.5.1 Nutzungseinschränkungen . . . . .	698
2.1.5.2 Lärm. . . . .	700
2.1.5.3 Tiefbauarbeiten und Versorgungsleitungen . . . . .	700
2.1.5.4 Schäden durch die nachteilige Erhöhung des Grundwasserstands . . . . .	701
2.1.5.5 Setzungsschäden . . . . .	704
2.1.5.1 Schäden durch die nachteilige Veränderung der Oberflächenabflussverhältnisse . . . . .	706
2.1.5.2 Schäden durch Verkehrssicherungspflichtverletzungen . . . . .	707
2.2 Gewässerausbau . . . . .	707
2.3 Die Haftung der Kommune als private Bauherrin in sonstigen Fällen . . . . .	708
<b>3. Wasser- und Energieversorgung. . . . .</b>	<b>708</b>
3.1 Wasserversorgung. . . . .	708
3.1.1 Vorbemerkung, Haftungsregime und praxisrelevante Fallgruppen . . . . .	708
3.1.2 Vertragliche Ansprüche der Anschlussnehmer . . . . .	709
3.1.3 Sonstige Ansprüche, insbesondere von Dritten. . . . .	710
3.1.4 Amtshaftung und zivilrechtliche Deliktshaftung . . . . .	712
3.2 Energieversorgung . . . . .	712
<b>4. Müllabfuhr, Abfallbeseitigung . . . . .</b>	<b>714</b>
4.1 Vorbemerkung . . . . .	714
4.2 Müllabfuhr . . . . .	715
4.2.1 Öffentlich-rechtliche Sonderverbindung . . . . .	715
4.2.2 Gefährdungshaftung. . . . .	716
4.3 Verschrottung . . . . .	717
4.4 Haftung für kommunale Deponien und Wertstoffhöfe . . . . .	718
4.4.1 Errichtung und Betrieb der Deponie . . . . .	718
4.4.2 Verkehrssicherungspflichten . . . . .	719
<b>5. Verantwortlichkeit für in Obhut genommene Personen . . . . .</b>	<b>720</b>
5.1 Pflichten des Jugendamts . . . . .	721
5.1.1 Inobhutnahme. . . . .	721

	Seite
5.1.2	722
5.1.3	725
5.2	725
5.2.1	725
5.2.2	727
<b>6.</b>	
<b>Haftung für Schäden durch Tätigkeiten</b>	
<b>zur Gefahrenabwehr</b>	729
6.1	729
6.2	730
6.2.1	730
6.2.2	731
6.2.2.1	731
6.2.2.2	732
6.2.3	733
6.2.3.1	733
6.2.3.2	735
6.2.3.3	735
6.2.3.4	736
6.2.3.5	736
6.2.4	737
6.2.5	738
<b>KAPITEL VI</b>	
<b>Kommunales Heil- und Pflegewesen</b>	
	739
<b>1.</b>	739
<b>Die Haftung der Kommune für ärztliche Kunstfehler</b>	
1.1	739
1.2	
Die Verantwortlichkeit der Kommunen als Kranken-	
hausträger	741
1.2.1	742
Vertragliche Haftung	
1.2.1.1	744
Der totale Krankenhausvertrag	
1.2.1.2	745
Der gespaltene Arzt-Krankenhausvertrag	
1.2.2	748
Deliktische Haftung	
1.2.2.1	749
Haftung für Organe	
1.2.2.2	749
Haftung für Verrichtungsgehilfen	
1.2.2.3	751
Haftung beamteter Ärzte	
1.2.2.4	752
Haftung für Durchgangsarzte (D-Ärzte)	
1.3	753
Die Haftung für Aufklärungs- und Behandlungsfehler	
1.4	
Organisations-, Überwachungs- und Dokumentations-	
pflichten	754
1.4.1	755
Organisationspflichten	
1.4.2	758
Überwachung	



	Seite
1.4.3 Dokumentation . . . . .	759
1.5 Beweisfragen . . . . .	761
<b>2. Verkehrssicherungspflichten in Krankenhäusern und Pflegeheimen . . . . .</b>	<b>764</b>
2.1 Verhinderung von Stürzen . . . . .	765
2.1.1 Der sturzgefährdete Patient . . . . .	765
2.1.2 Sturz aufgrund Fremdeinwirkung . . . . .	768
2.2 Schutz von suizidgefährdeten Patienten . . . . .	770
2.3 Weitere Verkehrssicherungspflichten . . . . .	772
<b>3. Verwahrungspflichten des Krankenhauses . . . . .</b>	<b>773</b>
<b>4. Sonstige Amtspflichtverletzungen . . . . .</b>	<b>774</b>

Teil C

<b>Risikofelder persönlicher Haftung im kommunalen Kontext</b>	777
--	-----

KAPITEL I

<b>Die persönliche Außen- und Rückgriffshaftung von Amtsträgern und der Hilfspersonen der öffentlichen Hand</b>	779
---	-----

<b>1. Vorbemerkung . . . . .</b>	<b>779</b>
<b>2. Die persönliche Haftung gegenüber Dritten . . . . .</b>	<b>780</b>
2.1 Die Haftung der kommunalen Beamten im statusrechtlichen Sinn . . . . .	780
2.2 Die Haftung von kommunalen Arbeitern, Angestellten s owie ehrenamtlich tätigen Personen . . . . .	781
2.3 Außenhaftung von Beliehenen, Verwaltungshelfern und sonstigen Hilfspersonen . . . . .	782
2.4 Praxisrelevante Fallgruppen persönlicher Außenhaftung. . . .	782
2.4.1 Ehrkränkende Äußerungen . . . . .	782
2.4.2 Haftungsanerkennnis durch den Bürgermeister. . . . .	783
2.4.3 Haftung der Gemeinderäte für Verstöße gegen das kommunale Vertretungsverbot . . . . .	784
<b>3. Die persönliche Haftung gegenüber dem Dienstherrn. . . .</b>	<b>785</b>
3.1 Überblick. . . . .	785
3.2 Die persönliche Rückgriffshaftung kommunaler (Wahl)Beamter und ehrenamtlicher Mandatsträger . . . . .	786
3.2.1 Die persönliche Rückgriffshaftung der Beamten im statusrechtlichen Sinne . . . . .	786
3.2.1.1 Rechtliche Grundlagen der Inanspruchnahme . . . . .	786
3.2.1.2 Die Haftungsbeschränkung gem. Art. 34 S. 2 GG . . . . .	787
3.2.1.3 Die Durchsetzung des Rückgriffsanspruchs . . . . .	788

	Seite
3.2.2 Die persönliche Rückgriffshaftung der kommunalen Wahlbeamten .....	788
3.2.3 Die persönliche Rückgriffshaftung ehrenamtlich tätiger Personen .....	789
3.2.4 Verjährung der Rückgriffsansprüche .....	791
3.3 Die persönliche Rückgriffshaftung kommunaler Arbeiter und Angestellter .....	791
3.3.1 Rückgriff aus Arbeitsvertrag .....	792
3.3.2 Rückgriff durch Gesamtschuldnerausgleich .....	792
3.3.3 Anspruchsausschluss .....	793
3.4 Sonderfall: Rückgriff bei Verkehrsunfällen .....	793
3.5 Die persönliche Rückgriffshaftung von Beliehenen, Verwaltungshelfern und sonstigen Hilfspersonen .....	794
3.5.1 Grundsätze .....	794
3.5.2 Anspruchsgrundlagen .....	795
3.6 Rechtsweg .....	796

## KAPITEL II

### Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in kommunalen Unternehmen und Mitgliedschaften in Vereinen sowie Parteien

<b>1. Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in Kapitalgesellschaften .....</b>	<b>799</b>
1.1 Vorbemerkung .....	799
1.2 Die persönliche Haftung der Leitungs- und Kontrollorgane der kommunalen GmbH .....	800
1.2.1 Haftung der Geschäftsführer .....	801
1.2.1.1 Die persönliche Haftung gegenüber der GmbH (Innenhaftung) .....	801
1.2.1.2 Pfändung der Innenhaftungsansprüche durch Gläubiger ...	803
1.2.1.3 Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung)	804
1.2.2 Die persönliche Haftung der Mitglieder des fakultativen Aufsichtsrates .....	808
1.2.2.1 Die persönliche Haftung gegenüber der GmbH (Innenhaftung) .....	809
1.2.2.2 Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung) .....	810
1.2.3 Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen .....	811
1.2.3.1 Business Judgement Rule .....	811
1.2.3.2 Satzung/Anstellungsvertrag .....	812
1.2.3.3 Weisung .....	813
1.2.3.4 Entlastung .....	815

	Seite
1.2.3.5	Freistellungsanspruch. . . . . 816
1.2.3.6	Ehrenamt. . . . . 816
1.2.4	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . . 817
1.3	Die persönliche Haftung der Leitungs- und Kontroll- organe der kommunalen AG. . . . . 818
1.3.1	Die persönliche Haftung der Mitglieder des Vorstands . . . . . 818
1.3.1.1	Die persönliche Haftung gegenüber der AG (Innenhaftung). . . 818
1.3.1.2	Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung) . . 819
1.3.2	Die persönliche Haftung der Mitglieder des Aufsichtsrats . . . 821
1.3.2.1	Die persönliche Haftung gegenüber der AG (Innenhaftung). . . 821
1.3.2.2	Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung) . . 823
1.3.3	Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen für Vorstand und Aufsichtsrat. . . . . 823
1.3.3.1	Business Judgement Rule. . . . . 823
1.3.3.2	Satzung/Anstellungsvertrag. . . . . 823
1.3.3.3	Weisung/Entlastung . . . . . 824
1.3.3.4	Freistellungsanspruch. . . . . 825
1.3.3.5	Ehrenamt. . . . . 825
1.3.4	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . . 825
<b>2.</b>	<b>Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen und die Mitgliedschaft im Verein . . . . . 825</b>
2.1	Erscheinungsformen des Vereins. . . . . 826
2.2	Die persönliche Haftung für die (ehrenamtliche) Übernahme leitender Funktionen im Verein . . . . . 828
2.2.1	Leitungsorgane des Vereins im haftungsrechtlichen Sinne. . . . 828
2.2.1.1	Ehrenamtlicher und hauptamtlicher Vorstand. . . . . 828
2.2.1.2	Geschäftsführer. . . . . 829
2.2.1.3	Aufsichtsrat. . . . . 829
2.2.1.4	Besonderer Vertreter . . . . . 830
2.2.1.5	Faktisches Organ . . . . . 830
2.2.2	Die persönliche Haftung der Leitungsorgane gegenüber dem Verein (Innenhaftung) . . . . . 830
2.2.3	Die persönliche Haftung der Leitungsorgane gegenüber Dritten (Außenhaftung). . . . . 832
2.2.3.1	Rechtsfähiger Verein. . . . . 832
2.2.3.2	Nicht rechtsfähiger Verein. . . . . 833
2.2.4	Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen . . . . . 836
2.2.4.1	Ehrenamt. . . . . 836
2.2.4.2	Anwendung arbeitsrechtlicher Haftungsmilderungen . . . . . 836
2.2.4.3	Business Judgement Rule. . . . . 837
2.2.4.4	Satzung/Anstellungsvertrag. . . . . 837
2.2.4.5	Weisung/Entlastung/Verzicht . . . . . 837
2.3	Die persönliche Haftung für die Mitgliedschaft im Verein. . . . 838

	Seite
2.3.1 Die Haftung des Vereinsmitglieds gegenüber dem Verein (Innenhaftung) . . . . .	838
2.3.2 Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung)	839
2.3.2.1 Eingetragener Idealverein . . . . .	839
2.3.2.2 Nicht rechtsfähiger Verein . . . . .	841
2.3.3 Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen . . . . .	842
2.3.3.1 Der Freistellungsanspruch des Mitglieds gegen den Verein im Rahmen der Außen- und Innenhaftung . . . . .	842
2.3.3.2 Anwendung arbeitsrechtlicher Haftungsmilderungen . . . . .	845
2.3.4 Darlegungs- und Beweisfragen . . . . .	845
<b>3. Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in Zweckverbänden . . . . .</b>	<b>846</b>
3.1 Die persönliche Haftung des Vorsitzenden . . . . .	848
3.1.1 Innenhaftung . . . . .	848
3.1.1.1 Spezialgesetzliche Regelung . . . . .	848
3.1.1.2 Analoge Haftung nach § 280 Abs. 1 BGB . . . . .	850
3.1.1.3 Weitere Innenhaftungs-Anspruchsgrundlagen . . . . .	851
3.1.1.4 Regressanspruch . . . . .	851
3.1.1.5 Haftungsmaßstab und Haftungsbeschränkung . . . . .	851
3.1.2 Außenhaftung . . . . .	852
3.2 Die persönliche Haftung der Verbandsräte . . . . .	854
3.2.1 Innenhaftung . . . . .	855
3.2.2 Außenhaftung . . . . .	855
3.3 Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen . . . . .	856
3.3.1 Satzung . . . . .	856
3.3.2 Indemnitätsregelung des Art. 51 Abs. 2 BayGO . . . . .	857
3.3.3 Freistellungsanspruch . . . . .	857
3.3.4 Weisung . . . . .	858
3.3.5 Entlastung . . . . .	859
3.4 Darlegungs- und Beweisfragen . . . . .	859
<b>4. Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen und die Mitgliedschaft in politischen Parteien</b>	<b>860</b>
4.1 Haftung für Funktionen in der Partei . . . . .	861
4.2 Haftung von Fraktionsmitgliedern . . . . .	862
4.3 Haftung für bloße Parteimitgliedschaft . . . . .	863
<b>KAPITEL III</b>	
<b>Die Ersatzpflicht bei Arbeits- und Dienstunfällen</b>	<b>867</b>
<b>1. Vorbemerkung und Übersicht . . . . .</b>	<b>867</b>
<b>2. Der Haftungsausschluss bei Versicherungsfällen gem. §§ 104ff. SGB VII . . . . .</b>	<b>868</b>
2.1 Begriff des Versicherungsfalls . . . . .	869

	Seite
2.2	Betriebliche Tätigkeit . . . . . 870
2.3	Privilegierter Personenkreis . . . . . 871
<b>3.</b>	<b>Der Haftungsausschluss bei Dienstunfällen . . . . . 873</b>
3.1	Zeitlicher Anwendungsbereich . . . . . 874
3.1.1	Rechtslage bis zum 11. 02. 2009 . . . . . 874
3.1.2	Rechtslage ab dem 12. 02. 2009 . . . . . 874
3.2	Sachlicher Anwendungsbereich . . . . . 875
3.3	Begriff des Dienstunfalls . . . . . 875
3.4	Zusammentreffen von Unfallfürsorgeansprüchen mit Schadenersatzansprüchen . . . . . 876
Teil D	
	<b>Die versicherungsrechtliche Absicherung der Haftungsrisiken 879</b>
<b>1.</b>	<b>Die Versicherbarkeit der Haftungsrisiken . . . . . 881</b>
<b>2.</b>	<b>Der Versicherungsvertrag und seine rechtlichen Grundlagen . . . . . 883</b>
<b>3.</b>	<b>Der Ausschluss bei Wissentlichkeit und Vorsatz . . . . . 884</b>
3.1	Vorbemerkung . . . . . 884
3.2	Typische Ausschlussstatbestände in den AVB . . . . . 884
3.2.1	Die vorsätzliche Schadenverursachung . . . . . 885
3.2.2	Die vorsätzliche und widerrechtliche Schadenverursachung gem. § 103 VVG . . . . . 886
3.2.3	Wissentliches Abweichen von Gesetz oder sonstige wissentliche Pflichtverletzung . . . . . 886
3.3	Der Deckungsprozess . . . . . 887
3.3.1	Vorbemerkung . . . . . 887
3.3.2	Darlegungs- und Beweisfragen . . . . . 888
3.3.3	Gerichtsstand . . . . . 888
<b>4.</b>	<b>Die kommunale Haftpflichtversicherung . . . . . 889</b>
4.1	Die Kommunalversicherer . . . . . 889
4.2	Umfang und Inhalt des Versicherungsschutzes . . . . . 890
4.3	Versicherter Personenkreis . . . . . 891
4.4	Nicht versicherte Ansprüche . . . . . 891
4.4.1	Vorbemerkung . . . . . 891
4.4.2	Verschuldensunabhängige Entschädigungsansprüche . . . . . 892
4.4.3	Erfüllungsansprüche und Erfüllungssurrogate . . . . . 893
4.4.4	Vertragliche und besondere Zusagen . . . . . 894
4.5	Die Obliegenheiten des Versicherungsnehmers . . . . . 896
4.5.1	Anzeige des Versicherungsfalls . . . . . 897
4.5.2	Mitwirkungs- und Aufklärungspflichten . . . . . 897

	Seite
4.5.3 Die Pflicht zur Abwendung und Minderung des Schadens. . .	898
4.5.3.1 Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	898
4.5.3.2 Kostenerstattung . . . . .	899
4.5.4 Darlegungs- und Beweisfragen. . . . .	900
<b>5. Die Absicherung von Umwelthaftungsrisiken . . . . .</b>	<b>900</b>
5.1 Vorbemerkung . . . . .	900
5.2 Die Umwelthaftungsversicherung . . . . .	900
5.2.1 Deckungsvorsorge, Problemstellungen. . . . .	900
5.2.2 Grundsätzlicher Inhalt der Umwelthaftungsversicherung . .	901
5.3 Die Umweltschadenversicherung . . . . .	902
<b>6. Die Versicherbarkeit persönlicher Haftungsrisiken . . . . .</b>	<b>903</b>
6.1 Die persönliche Einstandspflicht und ihre Absicherung im Kontext der Kommunalhaftung . . . . .	903
6.2 Die Vermögenshaftpflichtversicherung für Leitungskräfte (D&O) . . . . .	905
6.2.1 Vorbemerkung . . . . .	905
6.2.2 Rechtliche Konstruktion und Versicherungsumfang. . . . .	905
6.2.3 Der Versicherungsfall . . . . .	906
6.2.4 Die Serienschadenklausel . . . . .	906
<b>7. Die Regulierung und Prozessführung durch den Haftpflichtversicherer . . . . .</b>	<b>907</b>
7.1 Die Regulierungsvollmacht des Haftpflichtversicherers . . . .	907
7.2 Das Prozessführungsrecht des Haftpflichtversicherers . . . . .	908

Teil E

**Der (kommunale) Haftpflichtprozess: Verfahrensrechtliche  
Grundlagen und Besonderheiten** 911

<b>1. Verfahrensrechtliche Grundlagen des kommunalen Haftungsprozesses . . . . .</b>	<b>913</b>
1.1 Zuständigkeit der Gerichte. . . . .	913
1.1.1 Der Rechtsweg für (Ersatz-)Ansprüche gegen Kommunen . .	913
1.1.1.1 Überblick . . . . .	913
1.1.1.2 Grundsätze. . . . .	913
1.1.1.3 Vertragsähnliche Ansprüche. . . . .	914
1.1.1.4 Ehrschutzansprüche . . . . .	915
1.1.1.5 Weitere Fallgruppen . . . . .	916
1.1.1.6 Die gerichtliche Zuständigkeitsprüfung . . . . .	916
1.1.2 Sachliche Zuständigkeit. . . . .	917
1.1.3 Örtliche Zuständigkeit . . . . .	918
1.2 Der Verhandlungsgrundsatz. . . . .	918

	Seite
1.2.1	Vorbemerkung ..... 918
1.2.2	Beweissicherung zur Rechtsfindung und Rechtssicherung ... 919
1.2.3	Hinweispflichten des Gerichts ..... 919
1.3	Darlegungs- und Beweisfragen ..... 920
1.3.1	Vorbemerkung ..... 920
1.3.2	Die Darlegungs- und Beweislast und das Beweismaß ..... 921
1.3.2.1	Die Darlegungslast ..... 921
1.3.2.2	Die Beweislast ..... 923
1.3.2.3	Das Beweismaß ..... 924
1.3.3	Beweiserleichterungen ..... 927
1.3.3.1	Der Beweis des ersten Anscheins ..... 927
1.3.3.2	Die Beweislastumkehr ..... 929
1.4	Die verschiedenen Beweismittel ..... 930
1.4.1	Vorbemerkung ..... 930
1.4.2	Der Zeugenbeweis ..... 930
1.4.3	Der Sachverständigenbeweis ..... 931
1.4.4	Die Parteivernehmung und -anhörung ..... 933
1.4.4.1	Vorbemerkung ..... 933
1.4.4.2	Die Parteieinvernahme ..... 933
1.4.4.3	Die Parteianhörung ..... 935
1.4.4.4	Sonderfall „Vier-Augen-Gespräch“ ..... 936
1.5	Das selbständige Beweisverfahren ..... 937
1.6	Die Streitverkündung ..... 938
1.6.1	Vorbemerkung ..... 938
1.6.2	Die prozessualen Wirkungen der Streitverkündung ..... 939
1.6.3	Die Streitverkündung auf der Passivseite ..... 939
1.6.4	Die Streitverkündung auf der Aktivseite ..... 940
1.6.5	Die Reaktion des Streitverkündungsempfängers ..... 940
1.6.6	Verjährungshemmung durch Streitverkündung ..... 941
1.6.7	Kosten ..... 941
1.7	Das Urteil ..... 941
1.7.1	Vorbemerkung ..... 941
1.7.2	Das Endurteil ..... 942
1.7.3	Grundurteil und Betragsverfahren ..... 942
1.7.3.1	Prozessuale Voraussetzungen des Grundurteils ..... 943
1.7.3.2	Das Betragsverfahren ..... 944
1.7.3.3	Die Bindungswirkung des Grundurteils für das Betragsverfahren ..... 944
1.7.4	Das Feststellungsurteil ..... 945
1.7.4.1	Vorbemerkung ..... 945
1.7.4.2	Reichweite der Rechtskraft und Präklusion ..... 946
1.7.4.3	Praktische Auswirkungen ..... 947

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
1.8 Die Rechtsmittel .....	949
1.8.1 Die Berufung .....	949
1.8.1.1 Statthaftigkeit der Berufung .....	949
1.8.1.2 Berufungseinlegung und -begründung .....	950
1.8.1.3 Die Zulässigkeit neuen Vorbringens in der Berufungsinstanz.	952
1.8.1.4 Die Entscheidung des Berufungsgerichts .....	953
1.8.1.5 Die Prüfungskompetenz des Berufungsgerichts. ....	954
1.8.2 Die Revision. ....	955
<b>2. Spezifische Besonderheiten des Amtshaftungsprozesses ...</b>	<b>956</b>
2.1 Bindung an bestandskräftige Verwaltungsakte und v erwaltungsgerichtliche Entscheidungen .....	956
2.1.1 Vorbemerkung .....	956
2.1.2 Die Bindung an formell und materiell bestandskräftige Verwaltungsakte. ....	957
2.1.3 Die Bindung an unanfechtbare Satzungen (insbesondere Bebauungsplan) .....	959
2.1.4 Die Bindung an rechtskräftige verwaltungsgerichtliche Entscheidungen .....	959
2.1.4.1 Personelle Reichweite der Bindungswirkung .....	959
2.1.4.2 Identität des Streitgegenstandes, Rechtskraftwirkung .....	960
2.1.4.3 Keine Bindung bei der Prüfung der haftungsausfüllenden Kausalität .....	960
2.1.4.4 Keine Bindung in Bezug auf den Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens .....	962
2.1.4.5 Keine Bindung bei rechtskräftiger Verbescheidungs- verpflichtung und nachfolgender Rechtsänderung. ....	962
2.1.4.6 Keine Bindung bei der Verschuldensprüfung .....	963
2.1.4.7 Keine Bindung an Beschlüsse im Eilverfahren .....	963
2.2 Auswirkungen von Änderungen der Sach- und Rechtslage im Amtshaftungsprozess. ....	964
2.3 Die Entscheidung des Berufungsgerichts .....	964
2.4 Anwendung der Kollegialgerichtsrichtlinie im Instanzenzug. ....	965
Literaturverzeichnis .....	967
Stichwortverzeichnis .....	973